

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagskonto: Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Wohlfahrt und Zeit" für einen halben Monat 1 M., für einen Monat 1 M. 50 Pf., für drei Monate 4 M. 50 Pf., für sechs Monate 8 M. 50 Pf., für ein Jahr 15 M. 50 Pf. Einzelhefte 10 Pf.

Schriftleitung: Westerntor 18, Fernsprecher Nr. 2331. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsleiter: Westerntor 19, Fernsprecher Nr. 2331 und 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Normalzeile 30 Pf., die 30 mm breite Normalzeile 1.50 M., für auswärtsgehende Anzeigen 2 Pf. 50 Pf. Anzeigenpreis: Ziel- und Wiedergabe 40 Pf. Rabatt. Für Dreifachbelegung 10 Pf.

Nr. 302

Dresden, Mittwoch den 29. Dezember 1926

37. Jahrg.

Gefahren der Pause

Der Scheitern nach der Kleinen Rechte!

Die Diktaturwünsche der deutschen Reaktion sind während der letzten Tage immer deutlicher hervorgetreten. In der heutigen Morgenausgabe des Berliner Lokalanzeigers sammelt der kaiserliche Staatsminister a. D. von Löbell, der ehemalige Propagandist der Hindenburg-Kandidatur, für eine Koalition der „Kleinen Rechte“, die sich auf Deutschnationalen, Deutsche und Bayerische Volkspartei stützen soll. Löbell unterhält ebenso wie der Lokalanzeiger nach wie vor gute Beziehungen zum Hause Hindenburg; es ist anzunehmen, daß er den Artikel ebenfalls selbständig geschrieben hat wie seinen Brief über die Justizabfindung. Insbesondere ergibt sich das aus dem letzten Absatz seines Artikels, in dem es heißt, daß der Reichspräsident, der verfassungsgemäß berufen ist, diese Krise durch die Vergebung des Austrages zur Regierungsbildung zu lösen, sie mit der ruhigen Sachlichkeit beurteilen wird. „Die wir an ihm kennen“, Wörtlich heißt es dann: „So ergibt sich, daß das sehr aufgeregte Gerede in der Linkspresse und all ihr Wunschbegehren nach der Großen oder der Weimarer Koalition ein recht mäßiges Spiel bleiben dürfte.“

Dieser Artikel und insbesondere sein Schlusssatz zeigen klar, daß die Rechtsparteien mit allen Mitteln bestrebt sind, den alten Reichspräsidenten zu mißbrauchen. Der Lokalanzeiger redet diesem Mißbrauch ebenfalls das Wort und fügt dem Artikel Löbells hinzu: daß einem Kabinett der Kleinen Rechte vom Reichspräsidenten als notwendiges Regierungsinstrument selbstverständlich die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages mitgegeben werden müßte. Hinter diesem Wunsch steht jedoch alles andere denn die Sehnsucht nach Neuwahlen; es steht vielmehr die Drohung dahinter, eine Weile ohne den Reichstag zu regieren.

Wird die Krise noch länger hinzugezogen, so wird die Situation den reaktionären Plänen immer günstiger. In die Mittelparteien eine neue Regierung, der die Sozialdemokratie ihre Unterstützung leihen könnte, bis heute nicht in Schenke gebracht haben, setzen die Rechtspolitiker ihre Hoffnungen auf ein Neubewerben des Reichspräsidenten, der, wenn es nach ihnen geht, für den Fall des Nichtzustandekommens einer Einigung unter den Mittelparteien irgendeinen sogenannten „unparteiischen“ Mann mit der Schaffung eines Kabinetts betrauen soll. Der Mann könnte beispielsweise Luther heißen oder Herr Luther heißen. Er würde sich dann mit den berühmten, natürlich rechtsgerichteten Fachministern umgeben und dabei das Zentrum vor die Frage stellen, ob es sich ebenfalls mit einem oder mehreren Zuschauern beteiligen will, und ob es die neue Regierung zu duseln oder zu stürzen entschlossen ist. Folgerichtig es diese, dann haben wir die verkappte, oder um im Jargon des Reichswehrministeriums zu reden, die „geartete“ Rechtsregierung; tritt es in Opposition, so rechnen die

Konflikts- und Diktaturlünstern mit dem Plühen ihres Weizens.

Nun sind wir weit entfernt von der Annahme, als ob Herr von Hindenburg für diesen Plan bereits gewonnen sei. Wir sehen des weiteren auch als selbstverständlich voraus, daß Herr Stresemann, der Minister bleiben soll — und will einer solchen unerträglichen Belastung seiner Außenpolitik die Zustimmung nicht erteilen würde. Aber die Dinge können sich, wie gesagt, zuspitzen und zuletzt wird doch die Stellung des Zentrums den Ausschlag geben. Sein Berliner Organ, die Germania, hat am Dienstagabend einen ihr aus den Kreisen der Reichstagsfraktion zugegangenen Artikel veröffentlicht, in dem erfreulicherweise die Ablehnung gegen einen Bürgerblock wieder deutlich zum Ausdruck kommt. Ueber die Begründung seines Standpunktes wollen wir mit dem Verfasser, der die Sozialdemokratie zur Mitverantwortung heranziehen will, um sie aus ihrer „volksfremden Einstellung“ herauszuführen, hier nicht streiten. Wir könnten auf die Stimmungen in der katholischen Arbeiterschaft verweisen, die dem Zentrum ein Abschwanken nach rechts sehr schwer machen. Das Warum ist nicht in erster Linie entscheidend. Es kommt auf das Ergebnis selber an.

Will man die Mittelregierung, so wird die Sozialdemokratie, die auch bisher aus inner- und außenpolitischen Gründen alles getan hat, was in ihren Kräften stand, um den Einfluß des Grafen Westarp fernzuhalten, mit sich reden lassen. Bedingung ist nur, daß die Mittelregierung ein Programm besitzt, das uns eine irgendwie geartete Mitarbeit ermöglicht, und daß sie nach diesem Programm handelt. Dazu gehört freilich auch die gründliche Reform der Zustände in der Reichswehr. Man wird hierzu den Entschluß aufbringen müssen, sich von Herrn Gehler zu trennen. Dann bleibt freilich immer noch die Frage, wie sich die Volkspartei zu allem stellt. Verlagt sie sich, so sind wir so weit, wie wir vorher waren. In diesem Falle würde sehr viel davon abhängen, ob das Zentrum bereit wäre, sich dem Diktat der Rechten zu unterwerfen, oder ob es eine Auflösung des Reichstages nicht nur auf sich nehmen, sondern mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln anstreben würde.

Doch alle diese Probleme vertragen kein launiges Hin- und Her. Man kann sich nicht darauf beschränken, sie in der Presse zu diskutieren, sondern die Führer der Parteien müssen die Sache sehr bald in die Hand nehmen. Die frühere Einberufung des Reichstages wird gefordert. Wir haben nichts dagegen, aber es würde uns noch zweckmäßiger scheinen, wenn diejenigen Persönlichkeiten, auf denen in erster Reihe die Verantwortung für die zukünftige Gestaltung unserer Politik liegt, die Festnahme so schnell als möglich beendeten. Es ist Gefahr im Verzuge!

Die unmögliche Große Koalition

Lipinski über die Sachsentrie

Unsere Auffassungen über das sächsische Regierungsproblem haben wir schon oft genug zum Ausdruck gebracht. Wir lassen hier einen Teil eines Aufsatzes folgen, den Genosse N. Lipinski im Vorwärts veröffentlicht. Die Anschauungen Lipinskis bedecken sich im wesentlichen — besonders soweit von der Möglichkeit einer Großen Koalition in Sachsen die Rede ist — mit den unsrigen. Nachdem Genosse Lipinski die Entwicklung und den Stand der Dinge in Sachsen geschildert hat, fährt er aus:

Für die Sozialdemokratische Partei Sachsens ist die Große Koalition unmöglich. Ganz abgesehen, daß hierfür der Partner fehlt, für die Ablehnung kommen folgende Grundanschauungen in Betracht.

Im Gegensatz zum Obrigkeitsstaat soll in der Republik die Staatsgewalt vom Volke ausgehen. Das Volk kann aber die Staatsgewalt in einer Republik nur dann ausüben, wenn es auch den Staatsapparat voll beherrscht und auf breiter Grundlage im Staat und in der Gemeinde mitwirkt. Der Ministerposten macht es allein nicht. Deshalb hatte die sozialistische Regierung Sachsens unter Lud-Lipinski Sozialisten in leitende und entscheidende Stellen — Ministerialdirektoren, Ministerialräte, Kreishauptleute, Amtshauptleute und Polizeipräsidenten — berufen. So wurde die Personalabteilung des Innenministeriums mit einem sozialistischen Ministerialdirektor und mit sozialistischen Referenten besetzt, um einen Ueberblick über die etwa 25.000 Beamten der inneren Verwaltung zu gewinnen. Das hatte den Kern der höheren Verwaltung erregt, und sie führten öffentlich Krieg gegen den Minister; sie wollten in der Personalpolitik mitbestimmen. Das Feigner-Kabinett setzte die Personalpolitik des Lud-Kabinetts fort und vollendete die infolge der Auflösung des Landtags liegengelassene Gemeindeordnung. Sie zerbrach den Einfluß der Bürokratie und dehnte die Selbstverwaltung der Gemeinden bis zu der Grenze aus, daß noch der Zusammenhang mit dem Staatsganzen gewahrt wurde. Die Gemeindeordnung war ein Riesenschritt für die Festigung und Ausbreitung der Demokratie im Staat und in der Gemeinde. Die Demokratie war auf eine breitere Grundlage gestellt als vordem.

Die im Jahre 1924 geschlossene Große Koalition hat diese Pfeiler der Demokratie gestürzt. In den Ministerien wurden die Sozialdemokraten fast restlos entfernt, das Personalwesen wurde Deutschnationalen und Volksparteilern übertragen. Die Beamtenbürokratie wurde wieder restlos hergestellt. Früher entlassene Beamte, die den sozialistischen Minister öffentlich bekämpft hatten, wurden wieder eingestellt und befördert. Sozialistische Amtshauptleute und ein Polizeipräsident wurden entlassen und durch bürgerliche ersetzt. Die politischen Staatsanwälte wurden entfernt, hohe Richterstellen mit Deutschnationalen besetzt.

Die Gemeindeordnung, die noch nicht ein Jahr in Kraft war, wurde durch eine Novelle geändert, die fast völlig die früheren Rechte des Ratskollegiums gegenüber den Stadtverordneten herstellte, d. h. der Bürokratie in den Gemeinden wieder zum entscheidenden Einfluß verhalf und die Selbstverwaltung der Gemeinden durch die Erweiterung der Staatsaufsicht einschränkte.

Die Bürokratie des monarchistischen Staates ist auf der ganzen Linie nach dem Diktat der Deutschen Volkspartei wieder — in der Republik! — in den Sattel gehoben worden. Von der Volkspartei, die die Militärdiktatur in Sachsen herbeigeführt hat.

Eine neue Regierung kann nur das Vertrauen des Volkes, der arbeitenden Klasse, wiedergewinnen, wenn sie imstande ist, die durch die Große Koalition geschaffenen Zustände zu beseitigen. Eine Große Koalition aber würde die Stabilisierung dieser Zustände bedingen. Würde die sozialdemokratische Fraktion auf solche Bedingungen eingehen und in eine Regierung der Großen Koalition eintreten, ohne in der Lage zu sein, an diesen Zuständen etwas zu ändern, so würde sie die Partei und die Arbeitermassen enttäuschen und auf lange Zeit das Vertrauen der Arbeiterklasse verlieren.

In einem Lande mit parlamentarischer Tradition wäre es selbstverständlich, daß, wenn keine Partei eine Mehrheit der Wähler hinter sich hat, die stärkste Partei die Regierung übernimmt, wie das Beispiel der MacDonald-Regierung in England zeigt. Wenn die Aktionslosen das Sozialdemokratische Programm nicht bloß als Aushängeschild benutzen wollen, dann müssen sie sich für die Republik entscheiden.

Ein Bündnis der Sozialdemokratie mit einer andern Partei oder eine Unterhandlung ist ausgeschlossen, denn es ist keine Partei da, mit der sich eine Mehrheit bilden ließe, und die Verhandlung mit einer der Exilparteien würde den Wegfall der Unterstützung anderer Parteien nach sich ziehen.

Die Demokraten sind bei der letzten Wahl fast zerrieben worden. Von 22 im Jahre 1919 sind sie auf 5 Mandate gesunken. Sie sind die eigentlich Schuldigen für die sächsische Krise seit 1923. Obgleich sie sachlich den Standpunkt der sozialistischen Regierung teilten, haben sie die Regierung Lud am 31. Januar 1923 dadurch gestürzt, daß sie für das kommunistische Mißtrauensvotum stimmten — ausschließlich aus dem egoistischen Grunde, Ansell selbst in Ministerposten zu gelangen. Sie stürzten auch die Feilich-Regierung, und der Doem für ihre trostlose politische Unfähigkeit ist

Zerlegung der Rechtsradikalen

D. Berlin, 29. Dezember. (Eig. Junkspruch.) Das Berliner Tageblatt veröffentlicht heute die Zuschrift eines Persönlichkeits, die über die Entwicklung innerhalb der rechtsradikalen Bewegung genau unterrichtet ist. Daraus ergibt sich die stark fortschreitende Zerlegung der Rechtsverbände. Die jüngsten Bestrebungen, durch gemeinsame Richtlinien „eine große einheitliche nationale Kampffront“ herbeizuführen, wird als völlig gescheitert bezeichnet. Die Zuschrift kommt zu dem Schluß:

„Eine politische Macht stellen die Rechtsverbände gegenüber der Republik nicht mehr dar. Dafür ist ihr Zerfall schon zu weit vorgeschritten, ihre Vereinigung zu einer Gesamtfrent bereits zu sehr ein Ding der Unmöglichkeit geworden. Selbst wenn das Reichsbanner als Schutztruppe der Republik nicht vorhanden wäre, reichte die Macht der Rechtsverbände nicht mehr aus, das Bestehen der Republik ernstlich zu gefährden, um so weniger, als sämtlich der Jungdeutsche Orden seit einiger Zeit — auch nur, um noch fünf Minuten vor 12 seinen gänzlichen Zerfall zu verhüten —, durch seinen Uebertritt zum offenen Republikanismus aus der Kampffront der Rechtsverbände ausgeschieden ist.“

Trotzdem ist für die Republik erhöhte Aufmerksamkeit in Kauf zu geben. Denn nur zu sehr der Wesensart einiger Führer in diesen Verbänden würde es entsprechen, den fortwährenden Zerfall ihrer Anhängererschaft dadurch noch einmal aufzuhalten, daß sie in spielerischer Vorbereitung aller möglichen großen „Aktionen“ ihren Gefolgsleuten eine Bedeutung, eine Macht, einen Tatwillen und sonstige Fähigkeiten vorspiegeln, die samt und sonders nicht vorhanden sind, vielmehr überhaupt nicht einmal vorhanden waren.“

Der Militarismus bläht sich

Die Justiz für Kadavergehörig

Am 21. d. M. wird uns geschrieben: Vor einigen Tagen hatten wir vor dem hiesigen Schöffengericht der Unteroffizier K. und der Reiter W. vom Reiterregiment 7 in Pulken zu verurteilen. Der Reiter W. wollte nach einem Zusammenstoß ein Kadaver mit seinen Einweihung nach Hause begleiten. Der Unteroffizier K. hatte jedoch schon vorher

die Befehle des Wädhens erhalten. So hatte sich aber später der Reiter W. vorgetragen. Darüber ergrimmt, stellte der Unteroffizier den Reiter zur Rede, fragte ihn nach seinem Truppenausweis und gab ihm schließlich den Befehl, sich fortzusetzen. Da der Reiter den Truppenausweis nicht bei sich hatte, forderte der Unteroffizier den Reiter auf, mit ihm zur Wache zu kommen. Der Reiter sagte das zwar zu, wollte aber erst das Wädhens noch damit begleiten. Daraufhin verurteilte der Unteroffizier den Reiter eine Ohrfeige!

Im Namen des Volkes: Der Unteroffizier erhielt wegen vorläufiger Mißhandlung eines Untergebenen 7 Tage gefänglichen Arrest. Der Reiter wurde zu vier Wochen strengem Arrest verurteilt, weil er den Befehlen des Unteroffiziers nicht Folge geleistet und selbst das Wädhens nach Hause begleitet hatte.

So hilft die Justiz, den scheußlichen Kadavergehörig wieder hochzuheben.

Völkerverbindender Verkehr

D. Berlin, 29. Dezember. (Eig. Junkspruch.) Das gemeinsam von der Deutschen Reichspost und der Oesterreichischen Post- und Telegraphenverwaltung ausgeführte Telegraphenkabel Nürnberg-Bassau-Wien ist in den letzten Tagen fertiggestellt worden und wird am 1. Januar eröffnet werden. Aus diesem Anlaß findet in der Hofburg in Wien ein Festakt statt, an dem der Reichspostminister Stöckl und andre Herren der Deutschen Reichspost teilnehmen werden.

Der Festakt wird eingeleitet durch einen Gesprächswechsel zwischen dem Bundespräsidenten Gaislich und dem Reichspräsidenten von Hindenburg, sowie zwischen dem Bundeskanzler Seipel und dem Reichskanzler Dr. Marr. Das Kabel hat eine Länge von rund 500 Kilometer, besteht aus 16 Doppelladern und dient dazu, den Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und Oesterreich mit den modernsten Mitteln der Technik auf einen vollkommenen Stand zu bringen. Es wird gleichzeitig ein wichtiges Glied des alleuropäischen Fernsprechnetzes sein.

Der englische Generalpostmeister teilt mit, daß es zu Anfang Januar möglich ist, drahtlos von London aus mit New York zu sprechen. Ein Dreimonatensgespräch soll 15 Pfund Sterling (200 M.) kosten. Für jede weitere Minute sind 5 Pfund Sterling in Aussicht genommen.